

## Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 10. Mai 2015: SPD und Grüne Verlierer der Wahl, aber Mehrheit knapp behauptet

*Lothar Probst*

Mit den beiden Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen gehört 2015 zu den wahlarmen Jahren. Als Test für den Bund nach etwas mehr als einem Jahr Großer Koalition eignete sich angesichts der begrenzten Bedeutung der beiden Stadtstaaten weder die eine noch die andere Wahl. Insbesondere die Bürgerschaftswahl im kleinsten Bundesland Bremen lässt keine Rückschlüsse auf die allgemeine Stimmungslage zu, zumal die Uhren, wie es immer wieder heißt, in Bremen anders ticken. Schließlich hat es die SPD geschafft, hier seit 1946 ununterbrochen führende Regierungspartei zu sein, und auch die Umfragen im Vorfeld signalisierten, dass sich daran 2015 nichts ändern würde. Dass es trotzdem in vielerlei Hinsicht anders kam als erwartet, hat der Wahl dann doch noch eine Prise nationaler Aufmerksamkeit beschert.

### 1. Ausgangslage

Das Bremer Parteiensystem zeichnet sich in den letzten 16 Jahren durch eine äußerst volatile Entwicklung aus (vgl. Tabelle 1). 1999 und 2003 schafften es nur SPD, CDU und Grüne, in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft einzuziehen. 2003 gelang es darüber hinaus der FDP und der DVU, über den Wahlbereich Bremerhaven jeweils ein Abgeordnetenmandat zu erzielen.<sup>1</sup> Mit der Wahl 2007 kam es dann zu einer deutlichen Fragmentierung des Parteiensystems, weil außer SPD, CDU und Grünen auch die Linke und die FDP die Fünfprozenthürde übersprangen und jeweils Fraktionen in der Bürgerschaft bilden konnten. Außerdem erlangten sowohl die DVU als auch die Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) über den Wahlbereich Bremerhaven 2007 jeweils ein Mandat. 2011 zogen nur noch SPD, CDU, Grüne und Linke in die Bürgerschaft ein. Die Wählervereinigung BIW gewann jedoch erneut einen Sitz über den Wahlbereich Bremerhaven, während die Piraten, die bei dieser Wahl zum ersten Mal antraten, mit 1,9 Prozent Stimmenanteil weit abgeschlagen landeten.

Die parteipolitische Zusammensetzung des Parlaments hat sich vor diesem Hintergrund in den letzten 16 Jahren mehrfach verändert. Seit 2007 hat sich im Kern ein Vierparteiensparlament mit einer starken linken Mehrheit herausgebildet, die seit der Bürgerschaftswahl 1999 kontinuierlich gewachsen ist. 2011 erreichten SPD, Grüne und Linke zusammen 66,7 Prozent, während die beiden klassischen bürgerlichen Oppositionsparteien CDU und FDP aufgrund heftiger interner Konflikte ein Desaster erlebten.<sup>2</sup> Die CDU war auf 20,5 Prozent zurückgefallen und wurde hinter den Grünen nur noch drittstärkste Kraft im Parlament; die Liberalen scheiterten mit 2,4 Prozent an der Fünfprozenthürde. Einschließlich

1 Aufgrund einer Besonderheit des Bremer Wahlrechts gilt die Fünfprozenthürde getrennt für die beiden Wahlbereiche Bremen und Bremerhaven.

2 Vgl. *Lothar Probst*, Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 22. Mai 2011: Triumph für Rot-Grün, „Abwahl“ der Opposition, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 4, S. 804 – 819.

Tabelle 1: Wahlergebnisse bei Bürgerschaftswahlen im Land Bremen 1999 bis 2011									
Wahl	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	DVU	BIW*	
1999	in Prozent Sitze	60,1 47	42,6 42	37,1 10	8,9 —	— —	2,5 —	3,0 —	— —
2003	in Prozent Sitze	61,3 40	42,3 29	29,8 12	12,8 12	— —	4,2 1	2,3 1	— —
2007	in Prozent Sitze	57,5 32	36,7 23	25,6 14	16,5 7	8,4 5	6,0 5	2,7 1	0,8 1
2011	in Prozent Sitze	55,5 36	38,6 20	20,4 21	22,5 5	5,6 —	2,4 —	— —	3,7 1

\* BIW = Bürger in Wut.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen.

einiger kleinerer Wählervereinigungen kam das gesamte bürgerliche Lager 2011 nicht einmal auf ein Drittel aller Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von nur 55,5 Prozent.

Nach ihrem souveränen Sieg bei der letzten Bürgerschaftswahl, der den beiden Koalitionsparteien SPD und Grüne eine komfortable Zweidrittelmehrheit der Sitze in der Bürgerschaft beschert hatte, sahen sich die Regierungsparteien im Laufe der Wahlperiode aufgrund der weiter wachsenden Verschuldung Bremens (circa 20 Milliarden Euro zum Zeitpunkt der Wahl) mit einer Reihe von Problemen konfrontiert. Die Verpflichtung auf die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse (seit Anfang 2015 auch durch die Bremer Landesverfassung) trug dazu bei, dass der rot-grüne Senat einen strikten Sparkurs verfolgen musste, der den politischen Handlungsspielraum sowohl bei den Personal- als auch bei den Sachausgaben drastisch beschnitt und mit zahlreichen Einschränkungen bei den öffentlichen Ausgaben einherging. Trotz der damit verbundenen Zumutungen, die zu latenter Unzufriedenheit in Teilen der Bremer Bevölkerung führten, war vor der Wahl keine Wechselstimmung festzustellen. In den Umfragen zeichnete sich weiterhin eine klare Mehrheit für die rot-grüne Koalition ab, wenngleich den Grünen deutliche Verluste vorhergesagt wurden.<sup>3</sup> Auch die Präferenzen für den künftigen Regierungschef waren mehr als eindeutig: 65 Prozent der Befragten sprachen sich für den Präsidenten des Senats *Jens Böhrnsen* aus, nur 18 Prozent für seine Herausforderin von der CDU, *Elisabeth Motschmann*.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund gingen alle politischen Beobachter davon aus, dass sich nichts Grundlegendes bei der anstehenden Wahl ändern würde.

Dennoch war die Ausgangslage für die Parteien dieses Mal anders als 2011. Die Stimmung hatte sich sowohl in der Koalition als auch in den Oppositionsparteien seit der letzten Bürgerschaftswahl verändert. Während sich die gemeinsame Regierungszeit von SPD und Grünen zwischen 2007 und 2011 noch durch große Harmonie und einen kooperativen Politikstil ausgezeichnet hatte, waren beide Parteien danach häufig aneinander geraten, nicht zuletzt, wenn es um die Verteilung der knappen Haushaltssmittel zwischen den von der SPD und den von den Grünen geführten Senatsressorts ging. In Fragen der Verkehrs-

3 Vgl. Daten von <http://www.wahlrecht.de> (Sonntagsfrage; Umfragen Bremen).

4 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Rot-Grün nur noch mit knapper Mehrheit, [http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse\\_Bremen/NewsL\\_Brem\\_2015\\_0518.pdf](http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Bremen/NewsL_Brem_2015_0518.pdf) (Abruf am 12. Juli 2015).

politik, der Ausstattung der Schulen mit neuen Lehrkräften und der Sozialpolitik knirschte es des Öfteren in der Koalition. Kurz vor der Wahl sorgte auch noch der Vorstoß von SPD-Bürgermeister und Spitzenkandidat *Jens Böhrnsen*, der die geschlossene Unterbringung von mehrfach kriminell gewordenen jungen unbegleiteten Flüchtlingen forderte, für Ärger mit dem grünen Koalitionspartner, der diese Forderung ablehnte. Gleichwohl sendeten beide Parteien klare Koalitionssignale aus und erklärten vor der Wahl, dass man das Bündnis fortsetzen wolle. Für die Grünen ging es darum, die vorausgesagten Verluste zu begrenzen. Sie waren sich zwar darüber im Klaren, dass das Wahlergebnis von 2011 aufgrund des Fukushima-Effekts eine Ausnahme darstellte und nicht wieder zu erreichen sein würde, aber es gab parteiintern auch Kritik am Regierungsstil der grünen Senatoren und dem Erscheinungsbild in der Koalition. Teile der Partei forderten eine stärkere Abgrenzung zum Koalitionspartner, um wieder mehr eigenes Profil zu zeigen. Hinzu kam, dass die aus dem grünen Umwelt- und Verkehrsressort betriebene Politik bei der CDU-Opposition, der Handelskammer und Teilen der Öffentlichkeit auf massive Kritik stieß. Auch die grüne Sozialsenatorin *Anja Stahmann* geriet mehrfach in die Schusslinie. Beim Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige, bei der Erhöhung der Kita-Gebühren und der Unterbringung von Flüchtlingen gab es eine Reihe von Pannen, die bei den Betroffenen zu Unmut führten. Angesichts des Sparkurses, den die grüne Finanzsenatorin *Karoline Linnert* im Haushaltsnotlageland Bremen vertreten musste, taugte auch das Thema „Finanzpolitik“ nicht zur Mobilisierung im grünen Wahlkampf.

CDU und Linke wiederum hatten sich im Laufe der Wahlperiode stabilisiert und ihre internen Konflikte und Streitigkeiten entweder ad acta gelegt oder, wie im Fall der CDU, zumindest hintangestellt. Beide Parteien versuchten sich auf ihre Rolle als Opposition zu konzentrieren und mit zwei Untersuchungsausschüssen Druck auf den rot-grünen Senat auszuüben – was allerdings nur mäßig gelang. Außerdem griffen sie die Koalition auf deren ureigenem Terrain – der Armutsbekämpfung – an. Tatsächlich hatte sich die Kluft zwischen armen und reichen Stadtteilen während der achtjährigen Amtszeit des rot-grünen Senats weiter vertieft. Die soziale Spaltung des Zwei-Städte-Staates drückt sich in extremen Gegensätzen aus. Es ist das Bundesland mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung, der höchsten Quote an Sozialhilfeempfängern im Verhältnis zur Einwohnerzahl, der höchsten Armutssquote unter Jugendlichen, der zweithöchsten Arbeitslosenquote und den schlechtesten Ergebnissen bei PISA-Studien. Dieses sich öffentlich festgesetzte Negativbild steht im Kontrast zu Bremens Stärken: Es ist der fünftgrößte Industriestandort in Deutschland mit hochmodernen und zukunftsorientierten Industriezweigen, in denen qualifizierte und gut verdienende Mitarbeiter tätig sind. Wesentliche Teile der ISS-Raumfahrtstation werden hier von hochspezialisierten Firmen gebaut; wichtige Bauelemente der Airbus-Flotte werden in Bremen entwickelt, geprüft und hergestellt; Mercedes-Benz unterhält in der Stadt eines der modernsten PKW-Herstellungswerke in Europa mit mehr als 13.000 Beschäftigten – es ist weltweit das zweitgrößte PKW-Werk des Konzerns –, und in Bremerhaven befindet sich der größte Umschlagterminal für Auto-Im- und -Exporte in Europa. Schließlich hat Bremen nach Hamburg – bezogen auf seine Einwohnerzahl – die meisten Millionäre in Deutschland, eine mit mehr als 300 Millionen Euro staatlich und privat geförderte Privatuniversität sowie eine staatliche Universität, die es unter die elf Exzellenzstandorte in Deutschland geschafft hat. Außerdem wächst Bremen. Die ausgeprägten sozialen Gegensätze zwischen Arm und Reich betreffen auch die beiden Teile des Zwei-Städte-Staates. Bremerhaven ist hinter der wirtschaftlichen Entwicklung in Bremen deutlich zurückgeblieben, wenngleich

dort durch gezielte Infrastrukturprojekte im Bereich des Tourismus sowie durch den Ausbau der Containerterminals in den Hafengebieten in den letzten Jahren wirtschaftliche Impulse gesetzt wurden.

Trotz der Angriffsflächen, welche die finanzielle und soziale Situation des Bundeslandes unter der rot-grünen Regierung bot, gelang es der CDU als stärkster Oppositionspartei nicht, daraus Kapital zu schlagen. Ein gutes halbes Jahr vor der Wahl drohte sie sogar wieder in Richtungssauseinandersetzungen abzugleiten. Erst nach mehreren vergeblichen Anläufen konnten sich die verschiedenen Flügel auf die Bundestagsabgeordnete *Elisabeth Motschmann* als Spitzenkandidatin einigen.<sup>5</sup> Weder der Fraktionsvorsitzende *Thomas Röwekamp*, der wegen seines polarisierenden Politikstils auch innerhalb der CDU umstritten ist, noch sein Gegenspieler *Jens Eckhoff*, der schon mal mit schwarz-grünen Optionen gelieb-äugelt hatte, waren in der Partei mehrheitsfähig, und der Landesvorsitzende *Jörg Kastendiek* hatte schon frühzeitig erklärt, dass er nicht zur Verfügung stehen werde. Das vor der Wahl von der Spitzenkandidatin ausgegebene Ziel von 25 Prozent plus x<sup>6</sup> erschien angesichts des immer noch lädierten Zustandes der Partei insofern als ziemlich ambitioniert. Immerhin, und das zeigten auch die Umfragewerte, drohte der Bremer CDU kein ähnlicher Absturz wie ihren Hamburger Parteikollegen wenige Monate zuvor.

Der Linken war es unter der Führung ihrer Fraktionsvorsitzenden *Kristina Vogt* in der laufenden Wahlperiode gelungen, sich zu einer angriffslustigen und zugleich konstruktiven Oppositionspartei neben der CDU zu profilieren. In der Bürgerschaft stimmte sie manchmal mit der rot-grünen Koalition, und manchmal attackierte sie gemeinsam mit der CDU die Regierung. Als linke Opposition griff sie den Senat vor allem wegen seiner Sparpolitik an und kritisierte das Festhalten an den Vorgaben der Schuldenbremse. Teile der Bremer Bevölkerung, so die Argumentation, würden mit dieser Politik weiter in die Armut getrieben. Bereits bei der Bundestagswahl 2013 hatte die Linke mit 10,1 Prozent in Bremen eines ihrer besten Ergebnisse in den westdeutschen Bundesländern erzielt und konnte sich insofern bei der Bürgerschaftswahl berechtigte Hoffnungen auf Zugewinne machen. Aber weder sie noch die CDU hatten vor der Wahl Aussichten auf Machtoptionen. Die Linke hatte eine Beteiligung an einer Koalition mit SPD und Grünen ausgeschlossen<sup>7</sup>, während die CDU mangels Partner für eine eigene Mehrheitsfähigkeit eine Große Koalition anstrebte. Insofern ähnelte die Vorwahlsituation 2015 derjenigen von 2011: Trotz vorhergesagter Verluste für die Grünen schien die Mehrheit von Rot-Grün ungefährdet, da sich weit und breit keine andere Koalitionsalternative abzeichnete.

Auch mit einer Wiederkehr der FDP in die Bürgerschaft rechnete wenige Monate vor der Wahl niemand. Nach ihren verheerenden Verlusten 2011 war die Partei de facto in der Versenkung verschwunden und kam in der Landespolitik kaum noch vor. Das änderte sich erst, als Ende 2014 die „Drei Engel für Lindner“<sup>8</sup> auf der Bühne erschienen, darunter die

5 Vgl. *Wigbert Gerling*, CDU will Grüne überflügeln, in: Weser-Kurier vom 30. September 2014, S. 7.

6 Vgl. *Norbert Holst*, Motschmann: 25 Prozent plus x ist ein realistisches Ziel, in: Weser-Kurier vom 17. Februar 2015, S. 7.

7 Vgl. *Sara Sundermann*, Regierungsbeteiligung nicht eingeplant, in: Weser-Kurier vom 29. Juni 2014, S. 10.

8 Vgl. *Thomas Holl*, „Drei Engel für Lindner“. FDP wieder Spaßpartei, in: faz.net vom 5. Februar 2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/drei-engel-fuer-lindner-fdp-wieder-spasspartei-13411663.html> (Abruf am 12. Juli 2015).

parteilose *Lencke Steiner*, die sich bereit erklärt hatte, in Bremen als Spitzenkandidatin anzutreten. Nachdem die FDP in Hamburg mit *Katja Suding* erneut in die Bürgerschaft einziehen konnte, richtete sich die öffentliche Aufmerksamkeit schlagartig auf die Frage, ob die FDP diesen Coup in Bremen nach demselben Modell wiederholen können. Ein weiterer Faktor, der die Wettbewerbssituation vor der Wahl veränderte, war die Kandidatur der Alternative für Deutschland (AfD), die ebenfalls bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg gezeigt hatte, dass man mit ihr rechnen müsse. Hier stellte sich allenfalls die Frage, ob sich die Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW), die sich insbesondere in Bremerhaven als Organisation am rechten Rand bereits etablieren konnte<sup>9</sup>, und die AfD nicht wechselseitig Stimmen wegnehmen würden. Wie schon bei anderen Landtagswahlen in den letzten beiden Jahren spielten die Piraten keine wahrnehmbare Rolle mehr.

## 2. Wahlkampf

Obwohl die finanziellen und sozialen Probleme, die sich im Laufe der Wahlperiode aufgetürmt hatten, Anlass zur Unzufriedenheit boten, lag über dem Wahlkampf von Anfang an eine eigentümliche Lethargie.<sup>10</sup> Nicht nur die Tatsache, dass seine heiße Phase durch die Osterferien extrem kurz war und sich auf eine Zeitspanne von gut drei Wochen beschränkte, sondern auch die fehlende thematische Polarisierung und geringe Aussicht auf eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse erzeugten eine Art resignativer Stimmung. Weder den Regierungs- noch den Oppositionsparteien gelang es, „Dampf“ in den Wahlkampf zu bringen und die Wähler zu mobilisieren. Angesichts der Eindeutigkeit der Umfrageergebnisse, die noch wenige Tage vor der Wahl eine klare Mehrheit für SPD und Grüne signalisierten, schienen sich alle – Opposition, Regierung und Wähler – gleichermaßen dem anscheinend unvermeidbaren Ausgang der Wahl zu fügen. Eine gewisse Dynamik im Wahlkampf erzeugte einzig der Unterrichtsausfall an Bremer Schulen, der über Wochen mit medialer Begleitung immer wieder für Kritik am Senat, insbesondere am Bildungsressort sorgte.<sup>11</sup> Andere Themen, wie die hohe Arbeitslosigkeit und Armut in verschiedenen Stadtteilen, die umstrittene Verkehrspolitik, die gestiegene Kriminalitätsrate und Probleme bei der Unterbringung von Flüchtlingen, vermochten trotz aller Anstrengungen der verschiedenen Oppositionsparteien, damit ihre Wähler an die Urne zu bringen, keine zündende Wirkung zu entwickeln.

Die SPD hatte sich angesichts der für sie beruhigenden Umfragewerte für einen Defensivwahlkampf entschieden und setzte vor allem auf die Popularität ihres Spitzenkandidaten *Jens Böhrnsen*, der mit seiner unaufgeregten, soliden und hanseatischen Art von vielen Bremern geschätzt wurde. Trotz dieser Personalisierungsstrategie tauchte *Böhrnsen*, außer auf

9 Im Laufe der Wahlperiode hatte BIW durch den Übertritt eines vormaligen SPD-Abgeordneten, der wegen fremdenfeindlicher Äußerungen aus seiner Fraktion ausgeschlossen worden war, Zuwachs erhalten.

10 Vgl. *Lothar Probst*, Es liegt eine Lethargie über dieser Stadt, Interview mit Handelsblatt.com vom 9. Mai 2015, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/buergerschaftswahlen-2015/wahlforscher-lothar-probst-zur-wahl-in-bremen-es-liegt-eine-lethargie-ueber-dieser-stadt/11751264.html> (Abruf am 12. Juli 2015).

11 Vgl. *Christian Weth*, Unterrichtsausfall – Kritik nimmt zu, in: Weser-Kurier vom 30. März 2015, S. 7.

den großflächigen Wahlplakaten der SPD, nur selten im Wahlkampf auf. Die Opposition und Teile der Bremer Medien warfen ihm Amtsmüdigkeit vor und kritisierten, dass er der Auseinandersetzung mit der Opposition im Wahlkampf aus dem Wege gehe.<sup>12</sup> Nur einmal setzte er ein klares Zeichen, als wenige Wochen vor der Wahl die Situation mit kriminell gewordenen unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen eskalierte und er öffentlich eine geschlossene Unterbringung zum Schutz der Allgemeinheit anmahnte.<sup>13</sup> Inhaltlich konzentrierten sich das Wahlprogramm und der Wahlkampf der SPD auf zwei Punkte: die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen und die soziale Stadtentwicklung. Während das Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Bremen und die Forderung nach einer Weser-Vertiefung auch der Abgrenzung gegenüber dem grünen Koalitionspartner dienten, standen die Forderungen nach mehr sozialem Wohnungsbau sowie nach dem Ausbau von Ganztagschulen für das soziale Profil der Sozialdemokraten. Junge Wähler wurden außerdem mit einer Ausbildungsgarantie ab dem Jahr 2015/2016 umworben. Des Weiteren versprach die SPD, in den nächsten Jahren jährlich 17 Millionen Euro in Bildung und Wissenschaft zu investieren.

Die Grünen versuchten angesichts ihrer schwierigen Ausgangssituation, mit einer Strategie, die weniger auf einen rot-grünen Wahlkampf als vielmehr auf die Hervorhebung der eigenen Inhalte zielte, die abzusehenden Verluste zu begrenzen. Mit dem Slogan „Ganz klar grün“ wollte die Partei nicht nur ihre Eigenständigkeit, sondern auch ihren ökologischen Markenkern betonen. Stärker als in vergangenen Wahlkämpfen setzte sie dabei auf Großwandplakate, die die Präsenz im Stadtbild erhöhen sollten. Sie fielen zwar auf, kamen aber inhaltlich mit Slogans wie „Nachgedacht für gute Luft“ und „Platz gemacht für jedes Kind“ recht pädagogisch daher. Personalisierung spielt traditionell bei den Grünen, die sich in erster Linie als Programm- und Themenpartei verstehen, eine geringere Rolle als bei den Volksparteien. Gleichwohl wurden dieses Mal großflächige Plakate der grünen Spitzenkandidatin verbreitet, auf denen es hieß: „Karoline Linnert – im Amt geschätzt, im Herzen grün“ sowie „Finanzverständ für Bremens Zukunft“. Intern war jedoch die Ausrichtung auf eine „nachhaltige Finanzpolitik“ und die erfolgreiche Regierungstätigkeit als Merkmal grüner Politik nicht unumstritten. Das Wahlprogramm enthielt zwar auch viele flankierende Forderungen, die sich im Sinne einer sozial-ökologischen Stadtentwicklung auf die Verkehrs- und Energiepolitik bezogen, aber es gelang den Grünen nicht, damit im Wahlkampf richtig zu punkten.

Die Wahlkampagne der CDU stand unter dem Motto „Neues Vertrauen in Bremen“, das auch das Leitmotiv für den auf die Spitzenkandidatin ausgerichteten Plakatwahlkampf war. Die Wahlplakate rückten unter anderem das Thema Bildungspolitik und Unterrichtsausfall in den Fokus. Um der Bildungspolitik des Senats etwas entgegenzusetzen, wurde die Forderung nach der Einstellung von 100 neuen Lehrern erhoben. Bei der Kriminalitätsbekämpfung, einem klassischen Thema der CDU, setzte die Bremer Partei nicht nur auf repressive Maßnahmen, sondern betonte vor allem den Opferschutz und favorisierte Präventionsmaßnahmen. Dabei wartete sie unter anderem mit der bei Eltern durchaus populären

12 Vgl. *Sara Sundermann*, CDU wirft Böhrnsen Amtsmüdigkeit vor, in: Weser-Kurier vom 27. April 2015, S. 1.

13 Vgl. „Böhrnsen für geschlossene Unterbringung“, Radio Bremen vom 5. Februar 2015, <http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/boehrnsen-fluechtlings100.html> (Abruf am 14. Juli 2015).

Forderung nach „Drogen-Verbotszonen“ auf.<sup>14</sup> Außerdem kritisierte sie die mangelnde personelle Besetzung der Polizei. Auf dem Feld der Wirtschaftspolitik forderte sie einen neuen „Gründergeist“. Das Thema „Flüchtlinge“ und „Asyl“ hielten die Christdemokraten aus ihrem Wahlkampf heraus, obwohl AfD und BIW ihnen hiermit im rechtskonservativen Spektrum Konkurrenz machten. In der Endphase des Wahlkampfes versuchte die CDU, mit Bundesprominenz wie Kanzlerin *Angela Merkel*, Verteidigungsministerin *Ursula von der Leyen* und Innenminister *Thomas de Maizière* noch zu punkten.

Die Linke knüpfte im Wahlkampf an ihre Oppositionsstrategie, die sie schon in der zu Ende gehenden Wahlperiode praktiziert hatte, an. Mit einer konsequent linken Oppositionshaltung, die vor allem die soziale Spaltung Bremens, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und niedrige Löhne ins Zentrum rückte, hatte sich die Partei bereits seit Längerem Sympathien in Teilen der Bremer Gewerkschaften erworben. Im Wahlkampf unterstützte sie deren Initiative für eine Rekommunalisierung der Müllabfuhr und forderte, dass dieser Ansatz auch auf andere Bereiche wie die Energie- und Wasserversorgung übertragen werde.<sup>15</sup> Ein weiterer Schwerpunkt war der soziale Wohnungsbau. Die Linke kritisierte die Versäumnisse des rot-grünen Senats auf diesem Gebiet und setzte sich für mehr billigen Wohnraum und bezahlbare Mieten ein. Die Schuldenbremse lehnte sie genauso ab wie Kürzungen bei den Ausgaben für Soziales und Bildung. Vor allem für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen müsse mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Die farblich einheitlich gestalteten Wahlplakate stachen mit Slogans hervor, auf denen die Kernbotschaften vermittelt wurden.

Die einzige Partei jedoch, der es mithilfe eines professionellen Politikmarketings gelang, ein Zeichen im Wahlkampf zu setzen und zumindest für mediale Aufmerksamkeit zu sorgen, war die FDP. Nach ihrer Wahlniederlage 2011 hatten die Bremer Liberalen das Führungspersonal fast komplett ausgewechselt. Zum Landesvorsitzenden wurde der Bremerhavener Professor *Hauke Hilz* gewählt, unter dem sich der Landesverband nach innen wieder konsolidieren konnte, ohne jedoch nach außen hin große Aufmerksamkeit zu erregen. Erst mit der Aufstellung der parteilosen Spitzenkandidatin *Lenke Steiner* kam Schwung in die Kampagne der FDP.<sup>16</sup> Der auf sie zugeschnittene Personenwahlkampf, der sich am erfolgreichen Hamburger Beispiel von *Katja Suding* orientierte, präsentierte sie als jung, dynamisch, aufmüpfig und politisch inkorrekt. Das bereits zu Beginn des Wahlkampfes eingesetzte großflächige Plakat mit ihrem gut gestylten Porträt und der Botschaft „Lenke Steiners Wahlprogramm: Champagner für alle? Cabrios im Nahverkehr? Grundrecht auf Mode? Was will die eigentlich?“ wurde zum Stadtgespräch. Auf allen weiteren Wahlplakaten wurde außerdem mit der Aussage „Für eine neue Generation Bremen“ geworben und *Steiner* als Gesicht dieser Generation porträtiert. Auffällig war auch der Angriffswahlkampf der FDP, indem insbesondere die rot-grüne Bildungspolitik attackiert wurde. Im Bereich der Wirtschaftspolitik warb die Spitzenkandidatin, selbst junge Unternehmerin, für mehr Chancen für Start-Ups. Unterstützung erhielt sie durch FDP-Politiker mit bundesweiter Prominenz, darunter *Katja Suding* und Parteichef *Christian Lindner*.

14 Vgl. *Wigbert Gerling*, CDU fordert Drogen-Verbotszonen, in: Weser-Kurier vom 24. Februar 2015, S. 10.

15 Vgl. *Matthias Lüdecke*, Linke beraten Programm zur Bürgerschaftswahl, in: Weser-Kurier vom 20. Oktober 2014, S. 7.

16 Vgl. *Jürgen Hinrichs*, Kandidatin ohne Parteibuch, in: Weser-Kurier vom 28. März 2015, S. 7.

Die große Unbekannte war die AfD, deren überwiegend männliche Kandidaten in Bremen ein unbeschriebenes Blatt waren. Sowohl bei der Bundestagswahl 2013 als auch bei der Europawahl 2014 lag die Partei in Bremen deutlich unter ihrem jeweiligen bundesweiten Wahlergebnis und konnte nur bei der Europawahl knapp die Fünfprozenthürde überspringen. Trotz des eher bürgerlich auftretenden Spitzenkandidaten *Christian Schäfer*<sup>17</sup> orientierte sich der Wahlkampf der AfD weitgehend an den Themen des nationalkonservativen Flügels, deren Vertreter, wie *Alexander Gauland* und *Beatrix von Storch*, gezielt zu Wahlveranstaltungen eingeladen wurden.<sup>18</sup> Angesichts der sich zusätzlichen Problematik bei der Unterbringung von Flüchtlingen, die auch in verschiedenen Bremer Stadtteilen für Unruhe gesorgt hatte, und eines Antiterroreinsatzes der Bremer Polizei gegen vermeintliche salafistische Gewalttäter Ende Februar 2015 hatte die AfD ein Thema gefunden, mit dem sie erfolgreich Protestwähler umwerben konnte. Dennoch spielte sie im Wahlkampf eine nachgeordnete Rolle. Aggressiver als die AfD ging die Wählervereinigung BIW, die seit 2007 mit ihrem Vorsitzenden *Jan Timke* in der Bürgerschaft vertreten ist, in den Wahlkampf.<sup>19</sup> Mit einem Wahlplakat vor einem Flüchtlingsheim für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge, die mehrfach straffällig geworden waren, versuchte BIW bewusst öffentliche Aufmerksamkeit zu provozieren. Ihren Wahlkampf konzentrierte sie, wie in den Vorjahren, auf Bremerhaven, wo sie sich seit Längerem im rechten Wählerspektrum einen festen Platz erobert hat. Dort waren auch die Aussichten am besten, wegen der Besonderheiten des Bremer Wahlrechts erneut ein Bürgerschaftsmandat zu erringen.

### 3. Wahlergebnis

Im Gegensatz zum spannungslosen Wahlkampf begann der Wahlabend mit einem Paukenschlag, als die ersten Prognosen nicht nur den erwarteten Absturz der Grünen, sondern auch herbe Stimmenverluste für die SPD signalisierten. Allerdings gab es auch für die CDU, die sich das Ziel von 25 Prozent plus x gesetzt hatte, nicht viel zu feiern, denn der Zugewinn von zwei Prozentpunkten auf 22,4 Prozent war mehr als bescheiden (vgl. Tabelle 2). Jedenfalls konnte sie kaum von den Verlusten der Regierungsparteien profitieren und fuhr das zweitschlechteste Ergebnis seit Anfang der 1990er Jahre ein. In absoluten Zahlen verloren nicht nur SPD und Grüne, sondern auch die CDU an Zuspruch bei dieser Wahl. Zu den Siegern zählten dagegen die Linke, die dicht an die 10-Prozent-Marke kam, sowie die FDP, die sich von 2,4 auf 6,6 Prozent steigern konnte und damit locker die Fünfprozenthürde nahm. Das gelang auch der AfD, wenn auch nur knapp mit 5,5 Prozent. Sie gewann ihre vier Mandate jedoch ausschließlich im Wahlbereich Bremen, weil sie in Bremerhaven an der Fünfprozenthürde scheiterte. Somit verfehlte sie den Fraktionsstatus in der Bürgerschaft. BIW konnte im Wahlbereich Bremerhaven erneut ein Mandat gewinnen,

17 Vgl. *ders.*, Der Stille. Porträt: AfD-Spitzenkandidat Christian Schäfer, in: Weser-Kurier vom 4. April, S. 10.

18 Vgl. *Markus Daschner*, AfD eröffnet Wahlkampf mit Gauland, Radio Bremen vom 5. März 2015, [http://www.radiobremen.de/fernsehen/buten\\_un\\_binnen/video71652-popup.html](http://www.radiobremen.de/fernsehen/buten_un_binnen/video71652-popup.html) (Abruf am 12. Juli 2015).

19 Vgl. *Reinhard Bingener*, Protest aus Prinzip. AfD gegen Wutbürger in Bremen, in: FAZ vom 27. April 2015, S. 4.

**Tabelle 2: Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Bremen am 10. Mai 2015 im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 und zur Bürgerschaftswahl 2011 (Stimmenergebnis und Sitzverteilung)**

	Bürgerschaftswahl 2015*			Bundestagswahl 2013**	Bürgerschaftswahl 2011	
	Anzahl	%	Sitze	%	%	Sitze
Wahlberechtigte	487.599					
Wähler	244.558	50,2	83	70,3	55,5	83
Gültige Stimmen	1.168.352					
SPD	383.509	32,8	30	35,6	38,6	36
CDU	261.929	22,4	20	29,3	20,4	20
Grüne	176.807	15,1	14	12,2	22,5	21
Linke	111.485	9,5	8	10,1	5,6	5
FDP	76.754	6,6	6	3,4	2,4	—
BIW	37.759	3,2	1	—	3,7	1
NPD***	2.170	0,2	—	1,1	1,6	—
Piraten	17.773	1,6	—	2,6	1,9	—
AfD	64.368	5,5	4	3,7	—	—
Die Partei	21.888	1,9	—	0,5	—	—
Tierschutzpartei	13.910	1,2	—	1,0	—	—
Sonstige	—	—	—	0,05	3,3	—

\* Listen- und Personenstimmen; \*\* Zweitstimmenergebnis; \*\*\* Die NPD trat nur in Bremerhaven an.

Quelle: Der Landeswahlleiter Bremen; Statistisches Landesamt Bremen.

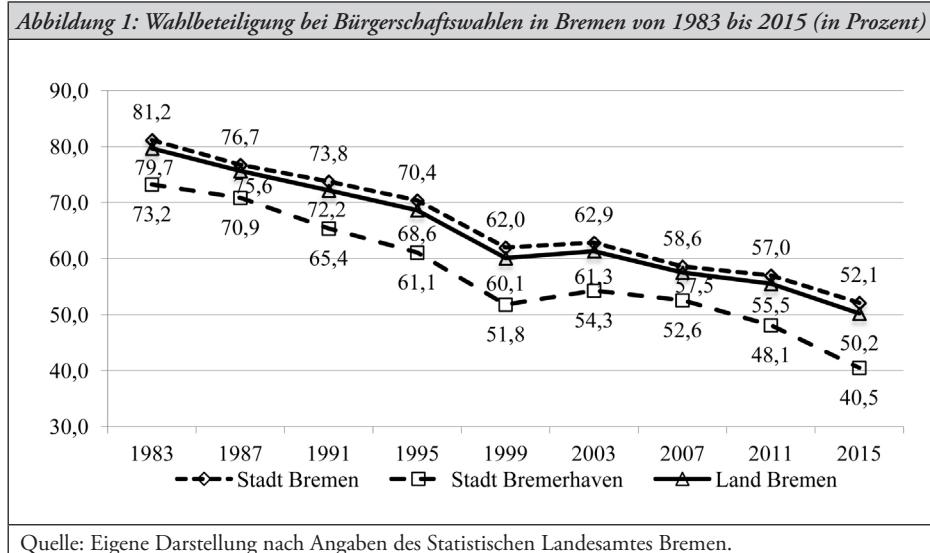
weil sie dort den Sprung über die Sperrklausel schaffte. Unter dem Strich bedeutete das Wahlergebnis, dass insgesamt sieben Parteien und Wählervereinigungen Sitze in der Bürgerschaft erringen konnten. Das Bremer Parteiensystem hat sich vor diesem Hintergrund wieder stärker fragmentiert.

### 3.1. Wahlbeteiligung

Einen besonderen Schock löste nicht nur bei den Vertretern der Parteien, sondern auch in der Öffentlichkeit die niedrigste bei einer Landtagswahl in Westdeutschland festgestellte Wahlbeteiligung von nur noch knapp über 50 Prozent aus. Schon bei der Bürgerschaftswahl 2011 war die Wahlbeteiligung mit 55,5 Prozent auf einem Tiefpunkt angelangt. Dass sie jedoch noch einmal um gut fünf Punkte sinken würde, hatte niemand in dieser Größenordnung erwartet. Die Tatsache, dass nur jeder zweite Bewohner des kleinsten Bundeslandes wählen ging, führte gleich nach der Wahl zur Ursachenforschung. Ins Visier geriert dabei auch das Wahlsystem, das nach einem Volksbegehren das erste Mal 2011 zur Anwendung kam und schon damals bezüglich seiner Wirkungen umstritten war.<sup>20</sup> Da jeder Wäh-

<sup>20</sup> Vgl. Lothar Probst a.a.O. (Fn. 2), S. 815. Zum Bremer Bürgerschaftswahlrecht siehe auch die Beiträge von Paul Tiefenbach und Valentin Schröder in diesem Heft der ZParl.

ler fünf Stimmen hat, die er entweder für eine Parteiliste oder Personen auf den Parteilisten abgeben und beliebig kumulieren oder panaschieren kann, gilt das Wahlrecht als relativ kompliziert. Allerdings ist bei der Frage nach den Ursachen der geringen Wahlbeteiligung Vorsicht geboten, denn ein kausaler Zusammenhang mit dem seit 2011 geltenden Wahlsystem lässt sich nicht beweisen.



Der Niedergang der Wahlbeteiligung (vgl. Abbildung 1) setzte in mehreren Schüben bereits seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ein und hatte sich – mit einer kleinen Ausnahme bei der Bürgerschaftswahl 2003 – mit dem alten einfachen Einstimmewahlsystem für eine starre Parteiliste stetig bis 2007 fortgesetzt. Dabei lag die Beteiligung in Bremerhaven immer schon unter der in der Stadt Bremen. So groß wie bei dieser Bürgerschaftswahl war der Unterschied jedoch noch nie (52,1 Prozent in Bremen zu 40,5 Prozent in Bremerhaven).

Vielmehr gab es ein Bündel von Ursachen, das zur extrem niedrigen Wahlbeteiligung beigetragen hat. Bereits seit Längerem stellt die Wahlforschung einen starken Zusammenhang zwischen der sozialen Lage von Wählern und ihrer Teilnahme an Wahlen fest.<sup>21</sup> In Bremen mit seiner ausgeprägten Teilung in ärmerle und reichere Stadtteile, einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote, einem hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen sowie Hartz-IV-Empfängern<sup>22</sup> schlägt dieser Faktor besonders durch. Das gilt für Bremerhaven noch mehr als für Bremen. Eine nach der Wahl durchgeführte Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass sich die sozial prekären Ortsteile immer

21 Vgl. Armin Schäfer, Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main 2015.

22 Vgl. dazu auch den Entwurf des zweiten Arms- und Reichtumsberichts des Senats der Freien Hansestadt Bremen vom Oktober 2014 (Lebenslagen im Land Bremen), <http://www.soziales.bremen.de/sixcms/media.php/13/01%20Zweiter%20Arms-%20und%20Reichtumsbericht%20des%20Senats%20der%20Freien%20Hansestadt%20Bremen-Entwurf-.pdf> (Abruf am 12. Juli 2015).

mehr zu „Nichtwähler-Hochburgen“ entwickeln und die Verankerung der Parteien hier zunehmend erodiert.<sup>23</sup> Darüber hinaus wächst in Bezug auf die Höhe der Wahlbeteiligung die Kluft zwischen den statusniedrigeren und statushöheren Ortsteilen. In gutbürgerlichen Gegenden mit einem hohen mittleren Einkommen, einer geringen Arbeitslosigkeit und einer niedrigen Quote von Hartz IV-Empfängern liegt die Wahlbeteiligung teilweise doppelt so hoch wie in den sozial prekären Ortsteilen.<sup>24</sup>

Auffällig ist auch, dass die Zahl der ungültigen Wahlzettel in den statusniedrigeren Ortsteilen signifikant über der in den statushöheren liegt.<sup>25</sup> Das kann als Anzeichen dafür gewertet werden, dass in den Gegenden mit prekärer Sozialstruktur der Umgang der Wähler mit dem Fünfstimmenwahlsystem weniger souverän ist als in den gutbürgerlichen Ortsteilen. Dies drückt sich unter anderem darin aus, dass häufig mehr als fünf Stimmen auf den Wahlzetteln angekreuzt und diese dadurch ungültig wurden. Daran scheinen auch die Bemühungen, im Vorfeld der Wahl einen Wahlzettel in „leichter Sprache“ zu erstellen, nichts geändert zu haben.<sup>26</sup>

Als Erklärung für die extrem niedrige Wahlbeteiligung reicht der Hinweis auf die sozialen Indikatoren jedoch nicht aus. Auch der laue und polarisierungsarme kurze Wahlkampf, in dem es keiner Partei gelang, einen Spannungsbogen aufzubauen, sowie der von allen schon erwartete sichere Ausgang der Wahl hatten eine stark demobilisierende Wirkung. Die Opposition hatte weder inhaltlich noch persönlich eine Alternative zur rot-grünen Regierung anzubieten, und angesichts der Haushaltsnotlage und den Vorgaben der Schuldenbremse gingen viele Wähler von vornherein davon aus, dass auch eine andere Koalition nichts Grundlegendes an der Bremer Politik würde ändern können. Die allgemeine Stimmungslage drückte vor allem auf die Mobilisierung der Wähler von SPD und Grünen, die zusammen circa 15.500 Stimmen an Nichtwähler verloren.<sup>27</sup> Der Eindruck, dass Bremen auch in Bezug auf die Wahlbeteiligung jetzt Schlusslicht unter den westdeutschen Bundesländern ist, relativiert sich jedoch etwas, wenn man bedenkt, dass sich die Wahlbeteiligung inzwischen bei den meisten Landtagswahlen nur noch in einem Korridor zwischen 50 und 60 Prozent bewegt und auch bei der Bürgerschaftswahl 2015 in Hamburg mit 56,5 Prozent dort einen Negativrekord erreicht hat.

Des Weiteren spielt im Stadtstaat Bremen das Prinzip der verbundenen Landtags- und Kommunalwahl eine Rolle. So entscheiden die im Wahlbereich Bremen abgegebenen Stimmen zugleich über die Zusammensetzung der Bremischen Stadtbürgerschaft, dem Kommunalparlament der Stadt Bremen. Ein großer Teil der Politik des Bremer Senats und der

23 Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Prekäre Wahlen – Bremen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bremischen Bürgerschaftswahl 2015, Gütersloh 2015, S. 12.

24 So beteiligten sich etwa in Tenever, einem statusniedrigen Ortsteil, nur noch 31,8 Prozent an der Wahl, während im statushohen Schwachhausen 72,3 Prozent zur Urne gingen.

25 In Oslebshausen – einem Stimmbezirk mit 23,2 Prozent Hartz IV-Empfängern – lag zum Beispiel die Anzahl der ungültigen Stimmen bei 4,9 Prozent, in Borgfeld (1,4 Prozent Hartz IV-Empfänger) hingegen bei 1,8 Prozent. Vgl. die Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen (Wahlergebnisse und Strukturindikatoren in den Ortsteilen).

26 Vgl. *Ralf Michel*, Neue Wahlzettel in leichter Sprache, in: Weser-Kurier vom 26. März 2015, [http://www.weser-kurier.de/bremen/buergerschaftswahl2015\\_artikel,-Neue-Wahlzettel-in-leichter-Sprache-\\_arid,1089071.html](http://www.weser-kurier.de/bremen/buergerschaftswahl2015_artikel,-Neue-Wahlzettel-in-leichter-Sprache-_arid,1089071.html) (Abruf am 26. Juni 2017).

27 Vgl. Infratest dimap, Wahlanalyse Bremen vom 10. Mai 2015 (ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragung).

Verwaltung fällt in den Bereich der Kommunalpolitik. Insofern hinkt der Vergleich zwischen Bundesländern. Vergleicht man die Wahlbeteiligung in Bremen mit jener bei Kommunalwahlen in ähnlich großen Städten, ergibt sich überall ein ähnliches Bild: Dortmund 44,9 Prozent, Essen 45,7 Prozent, Nürnberg 44,3 Prozent und Stuttgart 46,6 Prozent (alle 2014).

Die Tatsache, dass schon wenige Tage nach der Bremer Bürgerschaftswahl die Bundesgeschäftsführer und Generalsekretäre aller Bundestagsparteien mit Vorschlägen zur Steigerung der Wahlbeteiligung an die Öffentlichkeit traten<sup>28</sup>, zeigt, dass das Thema auch von den Parteien zunehmend ernst genommen wird.

### 3.2. Sozialstrukturelle Faktoren des Wahlverhaltens

Für das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht liegt die repräsentative Wahlstatistik nur für die Stadt Bremen, nicht für das gesamte Bundesland vor.<sup>29</sup> Da aber Bremen gegenüber Bremerhaven aufgrund der fünfmal höheren Zahl der Wahlberechtigten stärker ins Gewicht fällt, sind die Zahlen dennoch aussagekräftig. In Bezug auf das Wahlverhalten nach Geschlecht fällt zunächst auf, dass ohne die höhere Wahlbereitschaft von Frauen die Beteiligung im Wahlbereich Bremen noch geringer ausgefallen wäre. Dort gaben 53,1 Prozent der Frauen, aber nur 50,9 Prozent der Männer ihre Stimme ab. Einen signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat das Alter. Wie bei anderen Wahlen lässt sich auch bei der Bremer Bürgerschaftswahl eine wachsende Diskrepanz zwischen Jungwählern und Wählern über 60 Jahren feststellen. Da in Bremen seit 2011 das Wahlrecht ab 16 Jahren gilt, ist die Gruppe der 16- bis 18-Jährigen die jüngste Alterskohorte. In dieser Kohorte betrug die Wahlbeteiligung in der Stadt Bremen 45,8 Prozent, was jedoch noch von den 21- bis 25-Jährigen (40,1 Prozent), den 25- bis 30-Jährigen (36,5 Prozent) und den 30- bis 35-Jährigen (40,5 Prozent) unterboten wird.<sup>30</sup> Bei den 60- bis 70-jährigen Wählern liegt die Wahlteilnahme mit 59,4 Prozent weit über diesen Werten. Da zugleich die Alterskohorte der über 60-Jährigen aufgrund der demografischen Entwicklung wächst, fällt ihre Wahlbeteiligung stärker ins Gewicht als die der jüngeren Alterskohorten. Erst bei Wählern ab 40 Jahren liegt die Wahlbeteiligung über dem Durchschnitt. Jeder dritte Wähler war sogar 60 Jahre und älter. Waren die Alterskohorten der unter 40-Jährigen zahlenmäßig stärker, hätte die Wahlbeteiligung deutlich unter dem Durchschnittswert von 52,1 Prozent im Wahlbereich Bremen gelegen. Das zeigt das Ausmaß der geringen Wahlneigung unter den jüngeren Bürgern.

Trotz der starken Verluste der beiden Regierungsparteien zeichnet sich die Parteienwahl im Hinblick auf die sozialstrukturellen Faktoren durch eine Reihe von Konstanten aus. SPD und CDU erfahren, wie schon bei der Bürgerschaftswahl 2011, die stärkste elektorale

28 Vgl. *Robert Rößmann*, Ganz große Koalition gegen Stimmverweigerer, in: SZ.de vom 13. Juni 2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/kampf-gegen-niedrige-wahlbeteiligung-ganz-grosse-koalition-gegen-stimmverweigerer-1.2519370> (Abruf am 16. Juli 2015).

29 Vgl. *Markus Habig*, Wahlverhalten in der Stadt Bremen nach Alter und Geschlecht, in: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Statistische Mitteilungen 119. Bürgerschaftswahl (Landtag) am 10. Mai 2015 im Land Bremen, Bremen 2015, S. 35 f.

30 Vgl. ebenda, S. 36.

Unterstützung bei den Wählern über 60 Jahren. Bei der SPD sind es sogar knapp 40 Prozent, die sich aus dieser Alterskohorte rekrutieren (vgl. Tabelle 3). Dementsprechend ist auch der Anteil der Rentner an der Wählerschaft der SPD relativ hoch. Die Jungwähler sind nach wie vor eine Domäne der Grünen, die in der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen am besten abschneiden. Das Wahlergebnis für die Grünen würde deutlich besser ausfallen, wenn es ihnen gelänge, auch bei den Wählern über 60 Jahren zu punkten. Unter dieser wachsenden Wählergruppe, die dazu noch eine überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung aufweist, sind sie nur mit acht Prozent der Stimmen vertreten. Dass die Grünen trotz ihrer Verluste immer noch ein gutes zweistelliges Ergebnis erzielen konnten, verdanken sie vor allem den Frauen. Ihr Stimmenanteil bei Frauen (18 Prozent) ist um fünf Prozentpunkte höher als bei Männern (13 Prozent). Bei den Frauen der jüngeren Alterskohorten von 16 bis 24 Jahren holten sie sogar 26 Prozent und liegen damit vor allen anderen Parteien.<sup>31</sup> Umgekehrt ist es bei der AfD, für die deutlich mehr Männer als Frauen votierten. Bei den anderen Parteien ist das Verhältnis zwischen Männern und Frauen relativ ausgewogen. Obwohl die FDP einen Wahlkampf der „neuen Generation“ führte, sind ihre Wahlergebnisse bei den Jungwählern unterdurchschnittlich. Am besten schnitt sie in der Altersgruppe der über 60-Jährigen mit circa neun Prozent ab.

Tabelle 3: Wahlentscheidung nach sozialstrukturellen Merkmalen (Zeilenprozent)*						
	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD
Gesamt	32,8	22,4	15,1	9,5	6,6	5,5
Geschlecht						
männlich	32	22	18	10	7	7
weiblich	34	23	13	9	6	4
Alter						
16 bis 24 Jahre	25	18	21	12	5	5
25 bis 34 Jahre	26	20	19	12	5	6
35 bis 44 Jahre	29	21	19	9	6	6
45 bis 59 Jahre	33	20	17	11	6	6
60 Jahre und älter	39	28	8	7	9	5
Bildung						
hoch	28	21	21	12	8	5
mittel	36	25	10	7	6	7
niedrig	44	24	7	8	4	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	41	16	9	10	2	8
Angestellte	31	22	19	9	6	6
Beamte	26	23	20	14	6	5
Selbstständige	19	24	22	11	15	3
Rentner	41	28	7	6	8	5
Arbeitslose	34	11	16	15	4	7

\* Nur in der Bürgerschaft mit wenigstens zwei Mandaten vertretene Parteien und Wählervereinigungen.  
Quelle: Infratest dimap, Wahlreport Bremen 2015, S. 41.

31 Vgl. Infratest dimap, Wahlreport Bremen 2015, S. 41.

Der Einfluss des Bildungsabschlusses auf das Wahlverhalten zeigt sich am deutlichsten bei der SPD und den Grünen. Die SPD erfährt die höchste Unterstützung bei Wählern mit niedriger und mittlerer Bildung, die Grünen umgekehrt bei jenen mit hoher Bildung. Auch die Linke ist am stärksten bei letzteren vertreten, wohingegen sich die CDU-Wählerschaft auf alle drei Bildungsgruppen relativ gleichmäßig verteilt. Bei den Berufsgruppen bleibt die SPD mit großem Abstand die Partei der Arbeiter und Arbeitslosen. CDU und Grüne können sich dagegen mit ähnlichen Werten vor allem auf die Angestellten, Beamten und Selbstständigen stützen. Die Selbstständigen sind zugleich die einzige Wählergruppe, in der die FDP überdurchschnittlich gut abschneidet. Überraschend sind die vergleichsweise hohen Werte für die Linke bei den Beamten und Selbstständigen mit 14 und elf Prozent. Die AfD erreichte ihre besten Ergebnisse unter Arbeitern und Arbeitslosen.

### 3.3. Wahlmotive und Parteikompetenzen

Neben der Parteibindung der Wähler als langfristiger Bestimmungsfaktor spielen die Kandidatenorientierungen und die Zuschreibung von Parteikompetenzen als kurzfristige Determinanten des Wahlverhaltens in der Wahlforschung eine wichtige Rolle.<sup>32</sup> Bei den von Infratest dimap erhobenen Daten zeigt sich, dass die Parteibindung als Motiv der Wahlentscheidung bei SPD- und Grünen-Wählern moderat zugenommen hat. Sie liegt aber nur bei der SPD im Bereich von ungefähr einem Drittel der Wahl motive aller ihrer Wähler (vgl. Tabelle 4). Die Kandidatenorientierung hat dagegen im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl abgenommen. Dies trifft vor allem auf die Wähler von SPD und CDU zu. Hingegen hat sich der Anteil der FDP-Wähler, die sich aufgrund der Spitzenkandidatin für die Liberalen entschieden haben, gegenüber der letzten Wahl verdoppelt. Die Orientierung am Programm und damit an den Sachpositionen der Parteien spielt laut Wahlanalyse von Infratest dimap bei den Wahlmotiven der Wähler aller Parteien die dominante Rolle, fällt aber bei den Sozialdemokraten hinter die Werte der anderen Parteien zurück.<sup>33</sup> Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Kandidatenorientierung für die Wähler der SPD wichtiger ist als für die der anderen Parteien.

Mit Jens Böhrnsen konnten die Sozialdemokraten einen Spitzenkandidaten ins Rennen schicken, der nicht nur bekannt, sondern bei den Wählern auch beliebt ist. 65 Prozent der

*Tabelle 4: Wahlmotive: Kandidat, Programm oder Parteibindung (Angaben in Prozent; in Klammern Veränderung zu 2011)*

	Alle	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD
Kandidaten	16 (-5)	24 (-7)	13 (-8)	12 (-1)	8 (±0)	22 (+11)	3
Programm	56 (+7)	41 (+2)	52 (+6)	60 (-4)	75 (+7)	60 (+6)	85
Parteibindung	24 (±0)	32 (+3)	29 (+1)	26 (+4)	12 (-4)	18 (-4)	6

Quelle: Infratest dimap, Wahlreport Bremen 2015, S. 39.

32 Vgl. Jürgen W. Falter / Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 187 f.

33 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 27), S. 40.

**Tabelle 5: Parteikompetenzen (Angaben in Prozent)**

Welche Partei löst die Probleme am besten...	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	AfD
Soziales	44	11	10	10	–	–
Wirtschaft	32	40	–	–	7	–
Arbeitsplätze	35	24	–	–	5	–
Finanzen	22	29	10	–	–	–
Schule/Bildung	27	23	11	5	–	–
Umwelt	–	–	57	–	–	–
Kriminalität	–	–	–	–	–	4

Quelle: Infratest dimap, Wahlanalyse Bremen vom 10. Mai 2015 (ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragung) / Forschungsgruppe Wahlen, Kurzwahlanalyse der Bürgerschaftswahl in Bremen am 10. Mai 2015.

Bremer Wahlberechtigten wünschten sich ihn als Regierungschef. Die Forschungsgruppe Wahlen bezeichnet vor diesem Hintergrund die Bürgerschaftswahl auch als „Bürgermeisterwahl, bei der der SPD-Spitzenkandidat zur geschätzten Integrations- und Identifikationsfigur“<sup>34</sup> wurde. 70 Prozent der Wahlberechtigten erklärten, dass *Böhrnsen* „seine Sache gut mache“. Selbst 51 Prozent der CDU-Wähler sahen das so.<sup>35</sup> In allen Eigenschaftskategorien schnitt er mit großem Vorsprung besser ab als seine Herausforderin *Motschmann*.<sup>36</sup> Allerdings konnte er in der Bewertung durch die Wähler nicht mehr an seinen Spitzenwert von 2011 (2,6 auf einer Skala von +5 bis -5) anknüpfen, sondern fiel auf die Note 2,1 zurück. Damit lag er aber immer noch weit vor *Elisabeth Motschmann*, die auf einen Wert von -0,3 kam und damit noch hinter der Spitzenkandidatin der Grünen *Karoline Linnert* rangierte (0,9).<sup>37</sup>

Bei den Kompetenzzuschreibungen wurde die SPD in den Bereichen „Soziales“ und „Arbeitsplätze“ unter allen Parteien am besten bewertet, verlor aber ihre Spitzenstellung, die sie im Politikfeld Wirtschaft noch bei der Bürgerschaftswahl 2011 hatte, an die CDU, die sich in wichtigen Kompetenzfragen der SPD angenähert hat (vgl. Tabelle 5). Die Grünen blieben beim Thema Umweltpolitik mit einer Kompetenzzuschreibung von 57 Prozent aller Wahlberechtigten unangefochten Spaltenreiter, verloren aber auch hier gegenüber der Bürgerschaftswahl 2011. In der Finanzpolitik, einem ihrer Schwerpunkte in Bremen, lagen ihre Kompetenzwerte deutlich hinter denen der SPD und CDU. Die Linke kann am stärksten im Bereich Soziales punkten, die AfD mit geringen Zuschreibungen beim Thema Kriminalitätsbekämpfung.

<sup>34</sup> Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 4), S. 1.

<sup>35</sup> Vgl. ebenda.

<sup>36</sup> Vgl. Infratest dimap, Wahlanalyse Bremen vom 10. Mai 2015 (ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragung) / Forschungsgruppe Wahlen, Kurzwahlanalyse der Bürgerschaftswahl in Bremen am 10. Mai 2015.

<sup>37</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, <http://wahltool.zdf.de/slideshow/2015-05-10-LT-DE-HB.html> (Abruf am 15. Juli 2015).

#### 4. Probleme des Bremer Wahlsystems

Schon nach der Bürgerschaftswahl 2011 hatte eine Debatte über die Wirkungen des neuen Fünfstimmenwahlsystems eingesetzt<sup>38</sup>, die 2015 erneut aufflammte. Dabei gerieten erneut die Effekte in Bezug auf die Zusammensetzung der Bürgerschaft und den Sitzzuteilungsmechanismus ins Visier.<sup>39</sup> Das Wahlsystem eröffnet die Möglichkeit der individuellen Personenwahl, aber zunächst entscheiden die Parteien im Rahmen ihrer Listennominierungen darüber, wer überhaupt auf die Liste kommt. Dabei spielen unterschiedliche Kriterien eine Rolle: Gender, Alter, Expertenwissen, Regionalproporz (unterschiedliche Stadtteile), Absicherung wichtiger Funktionsträger. Durch das jetzige Wahlsystem ist es für die Parteien sehr viel schwieriger geworden, die Listenplatzierung so auszutarieren, dass diese unterschiedlichen Aspekte auch zum Tragen kommen. Wie viele Listenplätze sicher sind, hängt von dem Verhältnis der für eine Partei abgegebenen Listen- und Personenstimmen ab. Je höher die Gesamtzahl der Personenstimmen, desto stärker werden die partiinternen Selektionskriterien bei der Reihung außer Kraft gesetzt.

Weil durch die Effekte des Wahlsystems auch für Kandidaten auf hinteren Listenplätzen die Chancen auf ein Personenstimmenmandat steigen, wurde bereits im Vorfeld der Wahl erwartet, dass individuelle Personenwahlkämpfe bei der Bürgerschaftswahl 2015 eine noch größere Rolle als 2011 spielen würden.<sup>40</sup> Es kam geradezu zu einem Wettbewerb zwischen den Kandidaten einer Liste um die meisten Personenstimmen. Dabei wurden vielfältige Strategien eingesetzt, die schon 2011 zu beobachten gewesen waren: eigene Rundbriefe, eigene Flyer, eigene Internetseiten, vor Ort Wahlkampf im Stadtteil, Mobilisierung von Freunden und Netzwerken. Einige setzten sich zum Teil bewusst von der eigenen Partei und deren Programmatik ab, um zusätzliche Personenstimmen zu gewinnen. Der Effekt der vielfältigen individuellen Personenwahlkämpfe lässt sich daran ablesen, dass die Anzahl der Personenstimmen, trotz stark gesunkenener Wahlbeteiligung, fast auf demselben Niveau verharrte wie 2011, während die Anzahl der abgegebenen Listenstimmen für die Parteien deutlich sank (vgl. Tabelle 6). Dadurch hat sich das Gewicht der Personenstimmen nochmals verstärkt und bei SPD, Grünen und CDU dazu geführt, dass die Zahl der Listenmandate weiter zugunsten von Personenstimmenmandaten geschrumpft ist (vgl. Tabelle 7). Dabei ist zu berücksichtigen, dass SPD und Grüne einen Teil ihrer Sitze eingebüßt, andere, wie die Linke, Mandate hinzugewonnen haben. Es geht hier also in erster Linie um die jenseitige Relation zwischen Listen- und Personenstimmenmandaten.

Aus Tabelle 7 wird ersichtlich, dass das Gewicht der Listenmandate aufgrund des höheren Anteils der Personenstimmenmandate weiter schwindet. Der Ausgang der Wahl wird für die Parteien dadurch zunehmend zum Lotteriespiel, weil sie die Zusammensetzung ihrer zukünftigen Fraktionen kaum noch erahnen können – sieht man von den vorderen sicheren Listenplätzen ab. Bei den Personenstimmenmandaten haben sich bei SPD, Grünen

38 Vgl. *Lothar Probst*, a.a.O. (Fn. 2).

39 Vgl. *ders.* / *Valentin Schröder*, Das Bremer Wahlsystem: Intransparent, paradox und möglicherweise verfassungswidrig. Eine Analyse aus wissenschaftlicher Perspektive am Beispiel der Bürgerschaftswahl 2015, [http://www.lotharprobst.de/fileadmin/user\\_upload/redakteur/Aktuelles/2015/Effekte\\_Wahlsystem\\_2015.pdf](http://www.lotharprobst.de/fileadmin/user_upload/redakteur/Aktuelles/2015/Effekte_Wahlsystem_2015.pdf) (Abruf am 21. Juli 2015).

40 Vgl. *Lothar Probst*, Vorwahlanalyse zur Bürgerschaftswahl 2015 in Bremen, [http://www.lotharprobst.de/fileadmin/user\\_upload/redakteur/Aktuelles/2015/Vorwahlanalyse\\_2015.pdf](http://www.lotharprobst.de/fileadmin/user_upload/redakteur/Aktuelles/2015/Vorwahlanalyse_2015.pdf) (Abruf am 21. Juli 2015).

**Tabelle 6: Vergleich der Listen- und Personenstimmen 2011 und 2015**

	Anzahl der gültigen Stimmen	Listenstimmen	Personenstimmen
2011	264.984	776.742	532.613
2015	244.558	637.494	530.858
Differenz	-20.426	-139.248	- 1.755

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen.

**Tabelle 7: Vergleich der Listenmandate (LM) und der Personenstimmenmandate (PM)\***

Wahljahr	SPD		Grüne		CDU		Linke		BIW	
	LM	PM	LM	PM	LM	PM	LM	PM	LM	PM
2011	18	18	14	7	12	8	3	2	0	1
2015	14	16	7	7	10	10	6	2	0	1

\* Nur Parteien, die bereits 2011 mit mindestens einem Sitz in der Bürgerschaft vertreten waren.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes Bremen.

nen und CDU zusammengenommen männliche Personen mittleren bis höheren Alters weitaus stärker durchsetzen können als Frauen und junge Kandidatinnen und Kandidaten, obwohl SPD und Grüne mit vollständig quotierten Listen angetreten waren. Ob dies daran liegt, dass Männer in dieser Alterskategorie über bessere Verbindungen, Netzwerke und Ressourcen verfügen als andere Gruppen, lässt sich nach den bisherigen Untersuchungen nicht mit letzter Sicherheit sagen.

Ein anderer Effekt des Wahlsystems, der schon 2011 problematisiert wurde, ist die Fremdverwertung von Personenstimmen und das Personenstimmenparadox<sup>41</sup> – beides Phänomene, die sich signifikant auf die Sitzzuteilung auswirken. Dabei wird zunächst die Summe der jeweiligen Listen- und Personenstimmen einer Partei zugrunde gelegt. Im zweiten Schritt wird das Verhältnis von Listen- zu Personenstimmen bestimmt, um die Anzahl der jeweiligen Listen- und Personenmandate einer Partei zu errechnen. In diesem Zusammenhang kommt es zu einer ersten Fremdverwertung von Personenstimmen, weil alle für eine Liste abgegebenen Personenstimmen – also auch solche, die für Kandidaten abgegeben wurden, die über einen Listenplatz in das Parlament einziehen oder die gar kein Mandat erhalten – über das Verhältnis von Listen- und Personenstimmenmandaten entscheiden. In der weiteren Unterverteilung werden erst die Listen- und dann die Personenmandate vergeben. Dadurch können Kandidaten mit relativ wenigen Personenstimmen, die zum Teil nur 0,3 Prozent aller für diese Partei abgegebenen Personenstimmen ausmachen, bereits ein Personenmandat erwerben. Im Extremfall kann diese Art der Sitzzuteilung sogar dazu führen, dass Personenstimmen für einen Kandidaten zu seinem Nachteil wirken und seinen Einzug in die Bürgerschaft über die Liste seiner Partei verhindern. Genau dieser Fall ist bei der Bürgerschaftswahl 2015 eingetreten. Der CDU-Kandidat *Thomas vom Bruch* erhielt gerade so viele Personenstimmen, dass er aufgrund des oben angeführten Sitzzuteilungsmechanismus das letztmögliche Listenmandat seiner Partei verfehlt, ohne deshalb einen Sitz

41 Vgl. *ders.*, a.a.O. (Fn. 2).

über die Personenstimmen zu erzielen.<sup>42</sup> Für den Wähler ist jedenfalls kaum zu durchschauen, wie sich seine Stimmabgabe für Personen letzten Endes auf die Zuteilung der Mandate nach Listen- und Personenstimmen auswirkt. Möglicherweise ist diese Wirkung des Wahlsystems sogar verfassungswidrig, wenn man die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum negativen Stimmengewicht und zur Erfolgswertgleichheit von Stimmen zugrunde legt.<sup>43</sup>

## 5. Regierungsbildung

Während unter normalen Umständen der Verlust von zusammen 13 Prozentpunkten für die Regierungsparteien zum Verlust der Mehrheit und zu einem Regierungswechsel führt, schafften es SPD und Grüne dank des Polsters aus der letzten Bürgerschaftswahl und der Schwäche der größten Oppositionspartei CDU erneut, eine regierungsfähige Mehrheit der Mandate zu erringen – auch wenn diese relativ knapp ausfiel. Vor der Regierungsbildung stand aber zunächst einmal der Schock bei SPD und Grünen über die hohen Verluste, die schon einen Tag nach der Wahl ihr erstes Opfer forderten. *Jens Böhrnsen*, der mit Abstand populärste bei der Wahl angetretene Politiker, erklärte seinen Rücktritt. In einer kurzen Pressemitteilung des Senats übernahm er die Verantwortung für die Wahlniederlage und betonte, dass er „durch eine personelle und inhaltliche Neuaufstellung die politischen Weichen für ein besseres Ergebnis“ seiner Partei stellen wolle.<sup>44</sup> Dadurch war plötzlich die Regierungsbildung wieder offen, denn zu diesem Zeitpunkt wusste niemand, wie es nun weitergehen würde. *Böhrnsen* hatte sich klipp und klar zu einer Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses bekannt – ob dies aber auch für seinen Nachfolger gelten würde, war nicht sicher. Die CDU witterte vor diesem Hintergrund doch noch eine Chance auf Regierungsbeteiligung und machte der SPD Offerten in Richtung einer Großen Koalition, während die Grünen sich zunächst bedeckt hielten und abwarteten, wen die SPD für die Position des nächsten Bürgermeisters vorschlagen würde.<sup>45</sup> Es gehört zu den Besonderheiten dieser Wahl, dass die SPD es schaffte, die Situation relativ reibungslos und schnell zu klären. Schon nach gut einer Woche präsentierte der Landesvorsitzende *Dieter Reinken* mit *Carsten Sieling*, Bremer Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, einen Nachfolger. Damit war die Führungskrise schnell beendet. Mit *Sieling* hatte die SPD auch eine klare Entscheidung für eine Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses getroffen, denn er war schon von 2007 bis 2009 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft. Insofern war zwar der Weg für Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen frei, aber in der Zwischenzeit hatte die Wahlniederlage auch die Ökopartei eingeholt und sorgte dort für Turbulenzen. Ihr langjähriger Fraktionsvorsitzender, *Matthias Güldner*, erklärte vor Beginn der Verhandlungen seinen Rücktritt und kritisierte den inter-

42 Vgl. ders. / *Valentin Schröder*, a.a.O. (Fn. 39).

43 Vgl. ebenda.

44 Erklärung von Bürgermeister *Jens Böhrnsen*, Pressemitteilung der Pressestelle des Bremer Senats vom 11. Mai 2015, 2. Ausgabe.

45 Vgl. *Wigbert Gerling*, Der Nächste, bitte! Jetzt geht bei der SPD die Suche los, in: *Weser-Kurier* vom 12. Mai 2015, S. 9.

nen Zustand der Partei.<sup>46</sup> Dabei zielte er indirekt auch auf den Führungs- und Regierungsstil der Spitzenkandidatin und Finanzsenatorin *Karoline Linnert*. Auf einer Mitgliederversammlung lieferten sich beide einen offenen Schlagabtausch. Es kam zwar nicht zum Sturz der Finanzsenatorin, aber sie wirkte angeschlagen.

Unterdessen produzierte auch die CDU wieder Schlagzeilen. Noch bevor die Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen überhaupt begonnen hatten und unklar war, wie diese ausgehen würden, erklärte *Elisabeth Motschmann*, dass sie trotz der circa 40.000 Personenstimmen, die auf sie entfallen waren, auf die Rolle als Oppositionsführerin in der Bürgerschaft verzichten werde und stattdessen weiter ihr Bundestagsmandat ausüben wolle.<sup>47</sup> Kurze Zeit später trat der langjährige Abgeordnete *Bernd Ravens* aus der CDU-Fraktion aus, als diese ihn nicht wieder für das Amt des Bürgerschaftsvizepräsidenten nominiert hatte.

Nachdem die überwältigende Mehrheit der Delegierten des SPD-Landesparteitags am 2. Juni 2015 für *Sieling*<sup>48</sup> als neuen Bürgermeister votiert hatte, ging es zwei Tage später in die Koalitionsverhandlungen – mit dem ehrgeizigen Ziel, diese am 26. Juni abzuschließen. *Sieling* hatte bereits im Vorfeld seiner Wahl erklärt, dass es ein „Weiter so“ bei einer Neuauflage der rot-grünen Koalition nicht geben könne. So stellte er die Einstellung von 200 neuen Lehrern in Aussicht, um die Kritik an der Unterrichtsversorgung an den Bremer Schulen aufzufangen. Außerdem plädierte er dafür, die Bereiche Kinder und Bildung in Zukunft in einem neuen Ressort zu bündeln.<sup>49</sup> Neben der prekären Finanzsituation des Stadtstaates gehörten die Themen Soziales und Bildung, Wirtschafts- und Hafenpolitik sowie Umwelt-, Bau- und Verkehrspolitik zu den Schwerpunkten der Verhandlungen. Konflikte zwischen SPD und Grünen waren einerseits bei der Vertiefung der Weser, zum anderen bei der Bebauung der Osterholzer Feldmark (einer unbebauten Freilandfläche) vorgezeichnet, da beide Parteien in dieser Frage unterschiedliche Positionen in ihren Wahlprogrammen bezogen hatten. Des Weiteren wurde über den Bau eines Offshore-Terminals in Bremerhaven kontrovers diskutiert. Da sich schon in der letzten Wahlperiode kein privater Investor für dieses Projekt gefunden hatte, müsste Bremen aus eigenen Mitteln 180 Millionen in den Bau investieren.

Am Ende konnten die Verhandlungsdelegationen die strittigen Punkte aus dem Weg räumen und am 28. Juni den Koalitionsvertrag unterschreiben, der unter das Motto gestellt wurde „Bremen: Wirtschaftlich stark, ökologisch und sozial gerecht“<sup>50</sup>. Zu dem Paket von Maßnahmen, auf die man sich geeinigt hatte, gehören unter anderem der Bau von 19.000 Wohnungen bis 2020, 650 neue Krippenplätze, die Einstellung von 200 weiteren Lehrern, der Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven, die Anschaffung neuer Straßenbahnen im ÖPNV, eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche sowie eine bessere Finanzausstattung der Hochschulen.<sup>51</sup> Auf die Bebauung der Osterholzer Feldmark hat die SPD verzichtet; dafür

46 Vgl. *Wigbert Gerling*, Grünen-Fraktionschef hört auf, in: Weser-Kurier vom 30. Mai 2015, S. 1.

47 Vgl. *Thomas Kuzaj*, Die traurigen Signale der CDU, in: Kreiszeitung vom 2. Juni 2015, S. 1.

48 Vgl. *Jürgen Hinrichs*, 96,8 Prozent für Sieling. SPD nominiert Bundestagsabgeordneten für Böhrnsen-Nachfolge, in: Weser-Kurier vom 3. Juni 2015, S. 1.

49 Vgl. *Anke Landwehr*, Sieling verspricht Bremen 200 neue Lehrer, in: Weser-Kurier vom 28. Mai 2015, S. 1.

50 *Wigbert Gerling*, Die Koalition steht, in: Weser-Kurier vom 28. Juni 2015, S. 9.

51 Siehe Koalitionsvertrag, <http://landesportal.bremen.de/fastmedia/36/110628%20KoaV%20Ge-samt-ENDGueLTIG.1649255.pdf> (Abruf am 21. Juli 2015).

<i>Tabelle 8: Mitglieder des Senats der Freien Hansestadt Bremen in der 19. Wahlperiode</i>	
Bürgermeister und Präsident des Senats Senator für Kultur Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften Senator für Bundesangelegenheiten und Europa	<i>Carsten Sieling</i> (SPD)
Bürgermeisterin Senatorin für Finanzen Senatskommissarin für den Datenschutz	<i>Karoline Linnert</i> (Bündnis 90/Die Grünen)
Senator für Inneres und Sport	<i>Ulrich Mäurer</i> (SPD)
Senatorin Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz	<i>Eva Quante-Brandt</i> (SPD)
Senatorin für Kinder und Bildung	<i>Claudia Bogedan</i> (SPD)
Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	<i>Anja Stabmann</i> (Bündnis 90/Die Grünen)
Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<i>Joachim Lohse</i> (Bündnis 90/Die Grünen)
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Senator für Justiz und Verfassung	<i>Martin Günthner</i> (SPD)
Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa Staatsrätin für Bundesangelegenheiten und Europa*	<i>Ulrike Hiller</i> (SPD)

\* *Ulrike Hiller* ist zwar keine Senatorin, aber als Bevollmächtigte beim Bund und für Europa im Range einer Staatsrätin stimmberechtigtes Mitglied im Senat.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

mussten die Grünen Kompromisse bei der Vertiefung der Außenwesen eingehen. Für Schlagzeilen sorgte noch die Absicht, den Besitz von Cannabis für den Eigenverbrauch straffrei zu stellen. Da sich das Paket zusammen auf Ausgaben in Höhe von einigen hundert Millionen Euro summierte, ohne dass Sparmaßnahmen im gleichen Umfang beschlossen wurden, fragten sich viele Beobachter, wie die Koalition trotz Schuldenbremse alle Beschlüsse umsetzen will. Tatsächlich stehen viele der Maßnahmen, wie in der Formulierung von Koalitionsverträgen üblich, unter Finanzierungsvorbehalt.

Bei den Ressortzuschnitten gab es eine Reihe von Veränderungen (vgl. Tabelle 8). Für das von *Carsten Sieling* gewollte Ressort Kinder und Bildung mussten die Grünen Teile der von ihnen besetzten Senatsbehörde für Soziales, Frauen und Jugend abtreten, der dafür die Bereiche Integration und Sport zugeordnet wurden. Auch das alte Ressort für Wissenschaft und Bildung musste wegen der Ausgliederung der Bildung neu zugeschnitten werden und erhielt stattdessen zusätzlich die Bereiche Gesundheit und Verbraucherschutz.

Personell gelang *Sieling* ein Überraschungscoup, als er für die Besetzung des neuen Ressorts Kinder und Bildung *Claudia Bogedan* präsentierte, die früher als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen und zuletzt bei der Hans-Böckler-Stiftung tätig gewesen war. Kurz nach Abschluss der Koalitionsgespräche kam noch einmal Spannung auf, als *Robert Bücking*, neu gewählter Abgeordneter und Mitglied der Verhandlungsdelegation der Grünen, erklärte, dass er auf der Mitgliederversammlung seiner Partei, die noch über den Koalitionsvertrag entscheiden musste, gegen den amtierenden Umweltsenator

seiner Partei, *Joachim Lohse*, antreten wolle.<sup>52</sup> Nach seinem klaren Scheitern und der Billigung des Koalitionsvertrages durch die grüne Basis<sup>53</sup> sowie durch einen SPD-Landesparteitag stand der Wahl des Senats nichts mehr im Wege. Während der in einem separaten Wahlgang zunächst gewählte neue Präsident des Bremer Senats und Bürgermeister *Carsten Sieling* mit 46 Stimmen zwei Stimmen mehr erhielt als die Koalition hat, wäre seine Stellvertreterin, die grüne Finanzsenatorin *Karoline Linnert*, mit nur 42 Stimmen bei 81 anwesenden Abgeordneten beinahe gescheitert. Von den 44 Abgeordneten der SPD- und Grünen-Fraktion haben ihr also zwei Abgeordnete die Stimme verweigert.

Den Schlusspunkt unter den ungewöhnlichen Verlauf dieser Bürgerschaftswahl setzten die Vertreter der AfD. Kaum in die Bürgerschaft gewählt, zerfiel die Gruppe der vier Abgeordneten. Drei von ihnen erklärten aufgrund der bundesweiten Turbulenzen ihren Austritt aus der AfD und schlossen sich zur Gruppe Bremer Bürgerliche Reformer zusammen.<sup>54</sup>

## 6. Zusammenfassung

- (1) Vor der Wahl deutete alles darauf hin, dass im Zwei-Städte-Staat Bremen alles beim Alten bleiben werde. Die Umfragen signalisierten weder eine ausgesprochene Wechselstimmung noch einen Regierungswechsel. Es war lediglich sicher, dass die Grünen, die 2011 im Zeichen des Reaktorunfalls in Fukushima zweitstärkste Partei in der Bürgerschaft geworden waren, diesmal Stimmen verlieren würden. Ob die FDP und die AfD, die zum ersten Mal bei einer Bremer Bürgerschaftswahl antrat, überhaupt über fünf Prozent kommen würden, war dagegen nicht sicher. Vor diesem Hintergrund lag eine lethargische Stimmung über dem Wahlkampf, der sich im Haushaltsnotlageland mit seiner hohen Verschuldung ohne Spannungsmomente und polarisierende Themen dahinschleppte.
- (2) Das Wahlergebnis löste ein politisches Beben aus. Vor allem die nicht erwarteten hohen Verluste für die führende Regierungspartei SPD sowie die extrem niedrige Wahlbeteiligung von nur noch knapp über 50 Prozent erschütterten das kleinste Bundesland. Zusammengekommen verloren SPD und Grüne über 13 Prozentpunkte. Da die größte Oppositionspartei CDU davon jedoch kaum profitieren konnte und nur zwei Prozentpunkte zulegte, reichte es immer noch für eine knappe regierungsfähige Mehrheit der Sitze von SPD und Grünen – und das obwohl mit FDP und AfD neben der stärker gewordenen Partei Die Linke zwei weitere Parteien in die Bürgerschaft eingezogen waren. Ein weiteres Mandat sicherte sich, wie in den Vorjahren, im Wahlbereich Bremerhaven die Wählervereinigung Bürger in Wut.
- (3) Als Konsequenz aus der herben Niederlage der SPD trat der Spitzenkandidat und Bürgermeister *Jens Böhrnsen* am Tag nach der Wahl zurück. Zu seinem Nachfolger bestimmte die SPD nach einer kurzen Schockstarre den Bundestagsabgeordneten *Carsten Sieling*, der – wie Böhrnsen – für eine Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses stand. Sein

52 Vgl. *Robert Bücking*, „Das traue ich mir zu“, Interview mit *Jürgen Hinrichs* im Weser-Kurier vom 7. Juli 2015, S. 11.

53 Vgl. *Jürgen Hinrichs / Christian Weth*, Basis billigt Bündnis. Bücking verliert gegen Lohse, in: Weser-Kurier vom 12. Juli 2015, S. 9.

54 Vgl. *Jan Oppel*, AfD-Spitze verlässt Partei, in: Weser-Kurier vom 9. Juli 2015, S. 9.

Credo – „ein Weiter so darf es nicht geben“ – versuchte er, auch in den Koalitionsverhandlungen durchzusetzen. Um die öffentliche Kritik am Unterrichtsausfall an Bremens Schulen aufzufangen, versprach er die Einstellung von 200 neuen Lehrern und kündigte die Einrichtung eines neuen Ressorts Kinder und Bildung an.

- (4) Bei den Grünen setzten die Auswirkungen der hohen Verluste mit einer gewissen Verzögerung ein, nachdem sich die öffentliche Aufmerksamkeit zunächst auf die SPD konzentriert hatte. Ihr Fraktionsvorsitzender *Matthias Gündner* trat nach der Wahl zurück und verband diesen Schritt mit Kritik am Führungs- und Regierungsstil der Grünen. Indirekt zielte er damit auch auf die Spitzenkandidatin und Finanzsenatorin *Karoline Linnert*. Diese konnte sich zwar in dem parteiinternen Machtkampf behaupten, wirkte aber anschließend angeschlagen. Bei ihrer erneuten Wahl in den Senat durch die Bürgerschaft hätte sie um ein Haar die notwendige Mehrheit verfehlt, weil ihr zwei Stimmen der Koalition fehlten.
- (5) Bei der CDU sorgte deren Spitzenkandidatin *Elisabeth Motschmann* für öffentliche Kritik, als sie noch vor Beginn der rot-grünen Koalitionsverhandlungen erklärte, ihr Bundestagsmandat behalten zu wollen, statt als Oppositionsführerin in die Bürgerschaft, deren Mitglied sie bereits vorher gewesen war, zurückzukehren. Selbstbewusst präsentierten sich nach der Wahl dagegen die Linke mit einem Wahlergebnis von fast zehn Prozent sowie die FDP, die mithilfe einer professionellen Marketingstrategie, in deren Mittelpunkt die Spitzenkandidatin *Lencke Steiner* stand, wieder in die Bürgerschaft einzog. Auch die AfD übersprang im Wahlbereich Bremen die Fünfprozenthürde, fiel aber bereits zwei Monate später auseinander, als drei der gewählten Abgeordneten aufgrund der bundesweiten Konflikte in der AfD ihren Austritt erklärten und sich als Gruppe Bremer Bürgerliche Reformer in der Bürgerschaft konstituierten.
- (6) Das 2011 eingeführte Fünfstimmen-Wahlsystem erzeugte auch dieses Mal wieder problematische Effekte. Das betrifft weniger die geringe Wahlbeteiligung, für die in erster Linie die soziale Spaltung Bremens mit einer ausgeprägten Armutsentwicklung sowie die lethargische Stimmung vor der Wahl ausschlaggebend waren, als vielmehr der Sitzzuteilungsmechanismus, der dafür sorgt, dass die für einen Kandidaten abgegebenen Personenstimmen diesem zum Nachteil gereichen können und verhindern, dass er einen Listenplatz bekommt. Auch in anderer Hinsicht fühlten sich Wähler nach dieser Wahl betrogen: Der beliebte Spitzenkandidat der SPD, *Jens Böhrnsen*, der circa 94.000 Personenstimmen erhalten hatte, spielte durch seinen Rücktritt im weiteren politischen Geschehen keine Rolle mehr, und die CDU-Spitzenkandidatin *Motschmann* mit knapp 40.000 Personenstimmen behielt ihr Bundestagsmandat und verabschiedete sich wieder nach Berlin. Nimmt man hinzu, dass 5,5 Prozent der Wähler die AfD gewählt haben, nun aber drei Abgeordnete als Gruppe Bremer Bürgerliche Reformer in der Bürgerschaft sitzen, die die AfD gar nicht mehr repräsentieren, offenbart sich das ganze Ausmaß der Verwirrung, die die Bürgerschaftswahl 2015 gestiftet hat.